

Ab Freitag: Mittlerer Ring für Laster tabu

München – Im Abwehrkampf gegen den Feinstaub tritt am kommenden Freitag in München ein Durchfahrtsverbot gegen Lastwagen in Kraft. Fahrzeuge mit über 3,5 Tonnen dürfen den Mittleren Ring ab 1. Februar nicht mehr benutzen -- es sei denn sie haben in der Stadt zu tun oder sind hier beheimatet.

Eine Vielzahl von Zubringer-Strecken zum Ring wird ebenfalls für Durchfahrten verboten sein. Transit-Sündern droht ein Verwarnungsgeld von 20 Euro.

Laster sind besonders Ruß- und Staubintensiv. Deshalb hat sich die Stadt zunächst auf die Eindämmung des Schadstoff-Ausstoßes aus dieser Quelle konzentriert.

Betroffen sind Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen. Untergrenze sind damit sehr große Transporter oder kompakte Laster. In diesen Klassen bis zu den dicken Brummern wird praktisch nur mit Diesel gefahren. Die Münchner Planungsbehörde geht davon aus, dass rund 60 000 Vehikel - vom Transporter bis zum großen Sattelschlepper - täglich nach München fahren. Rund 8000 davon fallen künftig unter das Transit-Verbot. Sinn der Maßnahme ist es beispielsweise, die oft genützte Abkürzung zwischen Stuttgarter und Salzburger Autobahn zu verbauen. Auch andere Schleichwege durch München sollen - soweit möglich - unattraktiv gemacht werden. Dazu dient die Sperr-Beschilderung an 85 Stellen im Straßennetz.

Anfangs hatten die Wirtschaftsverbände gegen die Regelung massiv protestiert. Handwerker und Lieferanten fürchteten, sie dürften mit ihren Fahrzeugen nicht mehr auf die wichtigste Verkehrsader der Stadt. Auf dem Mittleren Ring verkehren bis zu 150 000 Autos am Tag.

Behörden und Wirtschaft erkannten bald, dass sich die wesentlichste Befürchtung beheben ließ: Es ging um die Definition des „Lieferverkehrs“. So fürchteten Handwerker die Aussperrung vom Ring. Schließlich liefern sie meist keine Ware, sondern nur eine Dienstleistung. Das Manko konnte behoben werden. Die Zusatztafel an den Sperrschildern („Lieferverkehr frei“) umfasst nun auch den Dienstleistungs-Bereich. „Damit können wir jetzt ganz gut leben“, sagt Manfred Rothkopf von der Industrie- und Handelskammer. Fast wortgleich stimmt auch Stefan Burger von der Handwerker-Vertretung zu.

Die Überwachung der zahlreichen Verbote bleibt ein Problem. „Wir hoffen auf viele Polizeikontrollen“, erklärt der Münchner Umweltreferent Joachim Lorenz (Grüne). Doch die Polizei sieht keine Möglichkeit, die Überwachung in größerem Maß auszubauen. Dieter Bauer, stellvertretender Verkehrschef des Münchner Präsidiums, wollte keine besonders intensiven Kontrollen versprechen: „Wir werden das normal kontrollieren und integrieren es in unseren Streifendienst.“ Anfangs werde man aber nur Belehrungen ohne finanzielle Folgen erteilen."

<http://www.merkur-online.de/regionen/mstadt/;art8828,884236>